

ISO Oberhausen & FreundInnen



„Marktwirtschaftliche Klimapolitik“ in NRW: Erderwärmung und soziale Kälte

L. M.

Im Juni 2017 haben Armin Laschet (CDU) und Christian Lindner (FDP) den Vertrag der neuen NRW-Koalition unterzeichnet. Einer der Kernpunkte des Koalitionsvertrages ist die Vereinbarung, Klimapolitik in NRW künftig „marktwirtschaftlicher“ zu betreiben.

Eine Kostprobe dieser Politik präsentierte die schwarz-gelbe Landesregierung Ende November 2017: Bis 2020 sollten die Zuschüsse zum Sozialticket stufenweise bis auf Null gekürzt werden. Dies hätte faktisch die Abschaffung der vergünstigten (und immer noch zu teuren) Monatskarte für arme Menschen in NRW bedeutet. Die eingesparten Mittel sollten in den Ausbau von Straßen fließen.

Eine Welle von Empörung hat die Landesregierung schnell wieder zurückzurudern und von diesem Plan Abstand nehmen lassen – ein gutes Beispiel dafür, was Widerstand bewirken kann.

Ein Anlass für Entwarnung ist dies nicht. Weitere Angriffe sind zu erwarten. Und was die Klimapolitik betrifft, so waren wir in NRW auch unter den vorausgegangenen Regierungen schon mit einer Politik geschlagen, die betonerte Landschaften, Autowahn und klimaschädliche Energieerzeugung gefördert hat.

Siehe auch unsere Glosse auf Seite 2. ■

Liebe Leserinnen und Leser,

„Jamaika-Aus“ ist Wort des Jahres. Und wir sind, so wir sie noch hatten, um einige Illusionen ärmer geworden. Die neoliberale Politik wird vielleicht noch härter und verlangt dann auch in den gutbürgerlichen Kreisen mehr Opfer.

Der Staat aber wird seinen Selbstschutz ausbauen (siehe Seite 3), weil mit diesen Opfern auch Protest und Widerstand breiter wird. Genau wie die Gewalt des Erdogan-Staates werden Härte und Repression auch im übrigen Europa die Krisen nur beschleunigen (Nick Brauns „Zoff um Apo“, Seite 6).

Darauf eine GROKO!! und einen guten Rutsch ins 2018er Jahr.

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	AUS OBERHAUSEN
01 Neoliberale „Klimapolitik“ Erderwärmung, Sozialabbau AUTOWAHN	06 Aus dem Rathaus Stadtarchiv
02 Scherz, Satire, Ironie... ...der Allmächtige auf Rädern REPRESSION	06 Umweltgift Aktion zu Glyphosat
03 Grundrechte Repression statt Integration	07 Oktoberrevolution 1917 Veranstaltungsreihe
04 Kurdistan / Repression Zoff um Apo	AUS DER VIERTEN / TERMINE
	08 Pakistan Spendenaufwurf
	08 Termine

Scherz, Satire, Ironie und der Allmächtige auf Rädern

Der Allmächtige? Der neue Herr der Bagger in NRW Hendrik Wüst – hoffentlich nicht „Nomen est Omen!“ – ist das genau nicht. Ebenso wenig wie „Mike Baggerwillkommenskultur“ Grotschek es war und sich dennoch eben so wahrnahm.

ERNST KOCHANOWSKI

Denn die Kritischen unter uns haben schon seit Langem gemerkt: Der wahre Herr und einzige Gott hat Räder und sein Odem ist Feinstaub und verbranntes Mineralöl.

Oh ihr Gläubigen eines einzigen von wer weiß wie vielen Göttern: Was ist die Allmacht des Allmächtigen gegen die Macht der Heiligen Räder, denen wir die Welt betonieren, asphaltieren, für die wir Ressourcen plündern, unsere und unserer Kinder Gesundheit und Leben opfern. Wie viel Tonnen an Feinstaub, Gummiabrieb und Ruß atmen wir ihm zu Ehren und zur Freude ein?

Zur Beruhigung unseres dadurch schlechten Gewissens wird ein wenig dem „Güter auf die Bahn“-Ruf gefolgt. Also gibt's demnächst die „BETUWE-Linie“. Stuttgart 21(!), Brenner-Basistunnel und Gotthardtunnel sind ebenso Teilstücke dieser Rotterdam-Genua-Verbindung.

Dazu gehört gleichfalls das vom dänischen Logistikgiganten Maersk vor Rotterdam im Meer geplante Terminal für die größten Containerschiffe. Bis jetzt müssen diese geld- und zeitaufwändig weit draußen, wo das Meer tief genug ist, auf kleinere Schiffe umladen. Mit dem neuen Terminal können dann viel schneller viel mehr Container gelöscht werden.

Damit diese Massen auch in der Welt verteilt werden können, braucht es LKW. Diese wiederum brauchen Straßen.

Und was ist mit der „BETUWE-Linie“?

Ein großes Containerschiff hat eine Kapazität von 8.000 bis 20.000 TEU (1). Geplant werden gerade Schiffe bis 30.000 TEU. Ein Güterzug schafft 60 bis 70 TEU. Ein Schiff ist also etwa zwischen 100 und 500 Güterzüge (oder 4.000 bis 15.000 LKW), also alle vier Minuten ein Güterzug aus Rotterdam. Zusätzlich zu dem jetzt schon bestehenden Verkehr!

Alle anderen Frachter, Tankschiffe und Autotransporter sind noch nicht berücksichtigt.

Wie können diese Ladungen in der erforderlichen Geschwindigkeit auf den Weg gebracht werden? Welche Schiene hält dies aus? Das eine Gleis, welches zusätzlich auch durch Oberhausen gebaut wird? Also doch ein großer Teil auf die Straßen!

Aber, ABER!: Ein LKW belastet die Fahrbahnen und Brücken soviel wie 60.000 bis 100.000 PKW.

Der Zuwachs von Lastwagen auf den Autobahnen beträgt jetzt schon jährlich ca. 6 Prozent.

Welche Straße hält dies aus? Welche (Rhein!)Brücke?

Also doch 6-spurige Highways nur für Laster?

Welche Landschaft hält dies aus?

So viele Fragen, so viele Opfer für unseren Gott.

Damit wir in Euroshops und sonstigen Mäc-Geiz-Läden, welche meist auch noch für „exklusive“ Personalpolitik berüchtigt sind, allerbilligsten Plunder kaufen können. Oder ganzjährig auch exotische Nahrungsmittel, für welche – aber auch für „Biotreibstoff“ – riesige Ländereien, irgendwo ganz hinten in Afrika, Asien und Amerika wüst gemacht werden.

Damit das auch so geschehen kann, werden Millionen Menschen entrechtet, enteignet und dann entsorgt, müssen als „Wirtschaftsflüchtlinge“ an Europas Grenzen um Einlass betteln oder bequemerweise eine „freiwillige“ Lebendwasserbestattung im Mittelmeer wählen.

„Ja, wenn ich ein Turnschuh wär, käm ich leichter über euer Scheißmittelmeer“. (2)

Wie viel Millionen Kinder waren's gleich wieder, die verhungern, verdursten oder sonst wie sterben, weil unser schönes Leben ihren Lebensraum zerstört? Sechseinhalb Millionen erleben ihren fünften Geburtstag nicht.

Wüsten, Gewalt, Kriege und alle nachfolgenden Gräueltaten sind Opfer, die wir dem zürnenden Gott auf Rädern und seinen Stellvertretern in den Tempeln des Kapitals und in den Parlamenten darbringen. ■

Fußnoten:

(1) TEU = Twenty-foot Equivalent Unit (deutsch: Standardcontainer). Zwei TEU, oder ein doppelt so großer FEU (Forty-foot Equivalent Unit), ist das, was ein Fernlaster üblicherweise transportiert.

(2) Nach der Hamburger Band „Die Goldenen Zitronen“ vor 15 Jahren.

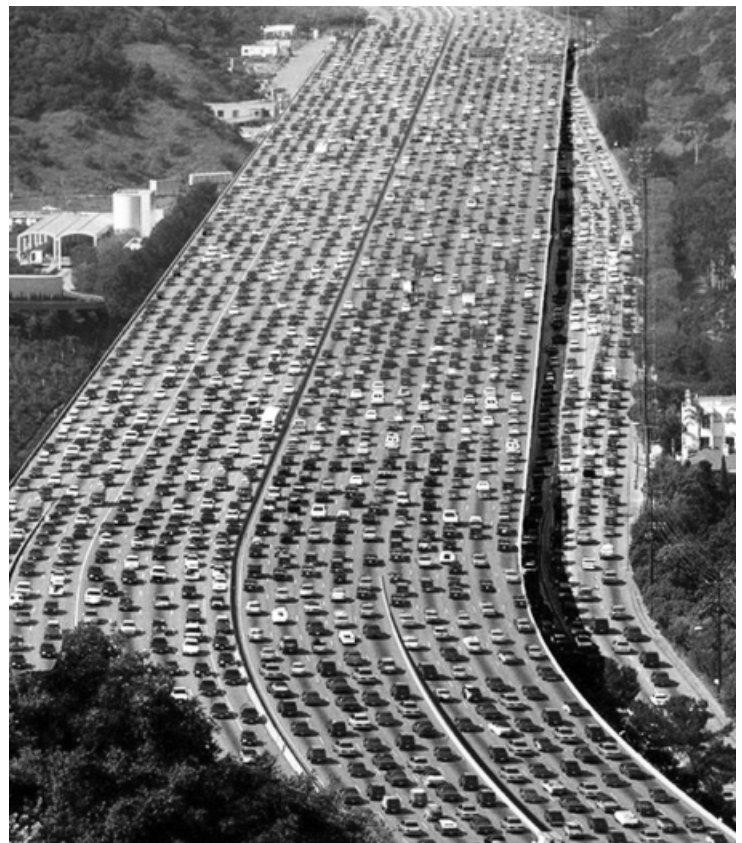


Foto: Privatarhiv.

Gesellschaftlicher Klimawandel: Repression statt Integration

Der Abbau demokratischer und sozialer Rechte hat in Deutschland auf verschiedenen Ebenen stattgefunden. Er betrifft das Demonstrationsrecht, aber auch das Streikrecht und das Sozialrecht und zeigt sich im Ausbau des Überwachungsstaats (1). Und es werden immer neue repressive Maßnahmen für erforderlich erklärt und eingeführt. Warum?

PETRA STANIUS

Heute, wo die Schere zwischen arm und reich weit auseinander geht, die Herrschenden den übergroßen Teil des von ihnen nicht geschaffenen Reichtums für sich beanspruchen und mancher den eigenen Wohlstand bedroht sieht durch Menschen, die um ihre nackte Existenz kämpfen.

In einer Zeit, in der an Jugendzentren, Freizeit- und Bildungsangeboten für junge Menschen gespart wird.

In der die Kindererziehung, die Pflege von Kranken und Alten und allgemein das Sich-Kümmern um menschliche Bedürfnisse als öffentliche Aufgaben gestrichen und in zunehmend überforderte Familien verlagert werden.

In einer Zeit, in der es nicht selbstverständlich ist, dass zur Würde des Menschen unter anderem auch ein entsprechendes Auskommen, eine menschenwürdige Wohnung – und Wertschätzung gehören.

In der es im Gegenteil nicht einmal den gesellschaftlichen Anspruch gibt, dass Arbeitseinkommen zum Leben reichen muss.

Wo es darauf hinaus läuft, dass ein Drittel der Bevölkerung dauerhaft ausgegrenzt, vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und letztlich als überflüssig abgeschrieben wird.

Wo Angst, Wut und die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit wachsen.

Wo es zunehmend Gründe für immer mehr Menschen gäbe zu protestieren, sich zu wehren, zu streiken.

Wo von der herrschenden Politik gleichzeitig immer weniger Wert gelegt wird auf Integration.

Und Mittel zusammengestrichen werden für Prävention.

Heute, wo also auch in Deutschland nicht mehr – wie in der an-



geblich so erstrebenswerten und der Vergangenheit angehörenden „Sozialen Marktwirtschaft“ – von den Kapitaleignern mit Hilfe von Geld Zustimmung für die kapitalistischen Verhältnisse hergestellt wird.

Da findet ein gesellschaftlicher Wandel statt, hin zur Repression: zur Sicherung der herrschenden Ordnung mit Hilfe von staatlicher Überwachung, Drohung und Gewalt.

Er zeigt sich in Rufen nach Bewaffnung für Kommunale Ordnungsdienste, nach Aufrüstung der Polizei und noch mehr noch schärferen Gesetzen, die die Meinungsäußerung reglementieren.

Er äußert sich in ausufernder Gewalt von „Sicherheitskräften“ wie bei G20 bei gleichzeitiger Kriminalisierung von Protesten und widerständiger, namentlich linker, Gesinnung. Die jüngsten Durchsuchungen bei G20-GegnerInnen, eben weil gegen sie gar nichts strafrechtlich Relevantes vorliegt, sind ein Beispiel dafür. ■

(1) Siehe auch die Ausgaben September sowie Oktober/November der Avanti O.



Fotos auf dieser Seite: Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Duisburg-Marxloh.

Fotos: Avanti O.

Zoff um Apo

Bundesregierung verschärft PKK-Verbot, um Beziehungen zum türkischen Despoten Erdogan zu verbessern

NICK BRAUNS

Nach dem Abbruch der Friedensgespräche durch den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan im Frühjahr 2015 wurden die Haftbedingungen des seit 1999 inhaftierten Gründers und Vordenkers der Arbeiterpartei Kurdistans Abdullah Öcalan erneut verschärft. In totaler Isolation hat „Apo“, wie ihn seine Anhänger nennen, auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer keinerlei Kontakte zur Außenwelt. Zuletzt durfte ihn sein Bruder Mehmet im September 2016 besuchen, seitdem fehlt jedes Lebenszeichen. Seine Anwälte durfte Öcalan seit Juli 2011 nicht mehr empfangen. Das Recht, Briefe zu schreiben oder zu empfangen oder Telefonate zu führen, besteht für Öcalan nicht.

Nachdem türkische Medien behauptet hatten, Öcalan sei in Haft verstorben, begannen kurdische Organisationen am 9. Oktober die Kampagne „Die Zeit ist reif – Freiheit für Abdullah Öcalan“. Zehntausende Menschen sind seitdem weltweit mit Kundgebungen, Veranstaltungen, Hungerstreiks etc. aktiv geworden, um die Isolation des bekanntesten politischen Gefangenen der Türkei zu durchbrechen. In Deutschland traf diese Kampagne auf staatliche Repression. So attackierte die Polizei am 4. November – während sich in Ankara Bundesaußenminister Sigmar Gabriel mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu zur Kittung der angespannten deutsch-türkischen Beziehungen traf – in Düsseldorf eine Großdemonstration von Kurden, türkischen und deutschen Linken mit Knüppeln und Pfefferspray.

Der Umgang von Polizei und Justiz mit Öcalan ist in Deutschland allerdings nicht einheitlich. Das wurde im November deutlich, als ein Abdullah-Öcalan-Büchereibus mit einem großflächigen Bild des Politikers im Rahmen einer Kampagne für die politischen Gefangenen in

der Türkei durch Deutschland tourte. In den Städten, die der Bus anfuhr, fanden neben Autokorsos Veranstaltungen zu den theoretischen Schriften Öcalans statt. Während die Kundgebungen in Stuttgart, Hamburg und Berlin ohne Probleme durchgeführt werden konnten, attackierte die Polizei in Hannover den Bus, kratzte das Öcalan-Porträt ab und nahm mehrere Kurden wegen ihrer Öcalan-T-Shirts fest. In Dortmund hatte die Polizei am folgenden Tag die Kundgebung gleich ganz verboten. Öcalan verkörpere nach „allgemeiner Rechtsauffassung“ die PKK, hieß es in der vom Oberverwaltungsgericht Münster bestätigten Verbotsverfügung.

Damit wird ignorierte, dass Öcalan etwa für die Bevölkerung in Rojava/Nordsyrien nicht der Vorsitzende einer in der Türkei aktiven illegalen Partei ist, sondern in erster Linie als Architekt des dort praktizierten rätedemokratischen und multiethnischen Gesellschaftssystems gilt. Und ein Großteil der Kurden aus der Türkei sieht in Öcalan schlicht seinen politischen Repräsentanten für erhoffte Friedensgespräche mit der Regierung.

Die bisherige innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag Ulla Jelpke nannte das Verbot in ihrem Dortmunder Wahlkreis „einen beschämenden Dienst für den Diktator Erdogan“ und sprach angesichts des uneinheitlichen Vorgehens der Polizei mit den Öcalan-Bildern von „ordnungspolitischer Kleinstaaterei ohne jede Rechtssicherheit“.

Mit einem Rundschreiben an die Landesinnenministerien vom März dieses Jahres hatte das Bundesinnenministerium bereits gelbe Fahnen, die Öcalan mit blauem Hemd zeigen, unter das seit 1993 geltende PKK-Verbot gestellt. Wie mit anderen Öcalan-Motiven zu verfahren sei, blieb indessen unklar. Am 14. November trafen sich in Berlin Vertreter der Innen- und Polizeibehörden von Bund und Ländern, um über den weiteren Umgang mit dem PKK-Verbot zu beraten. Konkrete Beschlüsse wurden – wie die Bundesregierung auf Anfrage der Linksfraktion mitteilte – nicht gefasst.

Doch deutet sich eine weitere Verschärfung an, um so das angespannte Verhältnis mit dem wichtigen Wirtschafts- und NATO-Partner Türkei wieder zu kitten. Denn Erdogan hatte die Bundesregierung zuvor mehrfach der Terrorunterstützung bezichtigt, weil auf einigen Kundgebungen in den letzten Monaten Bilder von Öcalan gezeigt werden konnten. Für die Profite der deut-

Weg mit
dem
PKK-Verbot!

schen Industrie, darunter der Rüstungskonzern Rheinmetall, der in der Türkei eine ganze Panzerfabrik bauen will, sollen die demokratischen Rechte von hunderttausenden Kurden in Deutschland und generell allen Sympathisanten des Freiheitskampfes weiter eingeschränkt werden.

Das PKK-Verbot wird mittlerweile auch auf die syrisch-kurdischen Vereinigungen übertragen. Bewaffnete Beamte der bayerischen Polizei durchsuchten in den frühen Morgenstunden des 13. November die Münchner Wohnung des Kommunikationswissenschaftlers Kerem Schamberger und beschlagnahmten sein Notebook, sein Handy und USB-Sticks. Grund der Razzia waren Bilder mit Fahnen der syrisch-kurdischen Partei PYD sowie der Volks- und Frauenbefreiungseinheiten YPG/YPJ, die Schamberger in sozialen Medien gepostet hatte. Die Facebookseite des bekennenden Kommunisten mit deutsch-türkischem Familienhintergrund ist eine der wichtigsten alternativen deutschsprachigen Nachrichtenquellen zur Situation in der Türkei und Kurdistan.

Es handele sich um „in Deutschland verbotene Symbole von Unterorganisationen“ der PKK, heißt es im Durchsuchungsbeschluss über die von den USA im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) militärisch unterstützten Verbände YPG und YPJ. Demgegenüber hatte die Bundesregierung im Frühjahr auf eine Anfrage der Linksfraktion klargestellt, dass die syrisch-kurdischen Organisationen in Deutschland nicht verboten sind und ihre Symbole nur dann unter das PKK-Verbot fallen, wenn sie als Ersatz für PKK-Symbole verwendet werden.

Damit handelt es sich bei diesem Verbotserlass allerdings um reine Gesinnungsjustiz. Denn so obliegt es Polizei und Justiz, anhand der vermuteten Gesinnung einer Person zu beurteilen, ob der Träger einer YPG-Fahne damit in Wahrheit die verbotene PKK hochleben lassen will oder aber seine Solidarität mit der YPG aufgrund ihres Kampfes gegen den „Islamischen Staat“ zeigen will.

Dass es im Umgang mit der PKK auch ganz anders geht, bewies im September das Brüsseler Berufungsgericht in einem vom türkischen Staat und der belgischen Staatsanwaltschaft angestrebten Beschwerdeverfahren. Die PKK sei keine terroristische Organisation, sondern eine Partei in einem internen bewaffneten Konflikt, urteilten die Richter in einem sensationellen Urteil.

Angeklagt nach dem „Antiterrorgesetz“ waren in dem seit 2006 laufenden Verfahren 36 meist im belgischen Exil lebende kurdische Politiker sowie der Fernsehsender /Roj TV/ mit seinen Studios bei Brüssel. Zwar hatte ein Gericht bereits im November vergangenen Jahres entschieden, dass die „Antiterrorgesetze“ nicht auf die PKK anzuwenden seien, da der Widerstand der kurdischen Befreiungsbewegung aufgrund des fortgesetzten Krieges der Türkei als bewaffneter Konflikt im Sinne des Völkerrechts anzusehen sei. Doch nach wütenden Protesten aus Ankara war die Staatsanwaltschaft in Berufung gegangen.

Im Mai hielten die wegen Rädelsführerschaft in „terroristischen Organisationen“ angeklagten Repräsentanten des Volkskongresses Kurdistan (Kongra-Gel) Zübeyir Aydar und Remzi Kartal sowie Adem Uzun vom Kurdistan-Nationalkongress (KNK) ihre Verteidigungsreden. Ziel der PKK sei es nicht, „die Bevölkerung zu terrorisieren, sondern für die Rechte der Kurden zu kämpfen“, stellte das Gericht nun fest.

In Deutschland werden derweil weiterhin kurdische Aktivisten wegen vermeintlicher PKK-Kadertätigkeit, aber auch türkische Kommunisten wie im laufenden Verfahren gegen zehn mutmaßliche Mitglieder der maoistischen TKP/ML in München, nach dem Terrorparagrafen 129 b Strafgesetzbuch angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt, obwohl ihnen hierzulande keinerlei Straftaten nachzuweisen sind.

Gegen solche imperialistische Klassenjustiz gegen kurdische und türkische Revolutionäre in Deutschland braucht es die Solidarität der Demokraten und Sozialisten. ■

ISO erklärt sich solidarisch mit Kerem Schamberger in München

Am 23. November 2017 hat das Sekretariat der *Internationalen Sozialistischen Organisation* (ISO) eine Solidaritätsadresse für Kerem Schamberger verabschiedet.

Kerem Schamberger ist stellvertretender Vorsitzender des isw e.V. und Mitglied der marxistischen Linken. Ihm wird vorgeworfen, dass er auf seinen Internet-Portalen Flaggen und Symbole der kurdischen Widerstandsorganisation in Syrien PYD veröffentlicht hat.

Die ISO drückt mit ihrer Erklärung Protest gegen das Vorgehen der Behörden aus und wertet es als Versuch, oppositionelle Persönlichkeiten einzuschüchtern.

Sie weist darauf hin, dass die PYD der Hauptakteur des Kamp-

fes gegen den so genannten Islamischen Staat in Syrien ist und in Deutschland nicht als terroristische Organisation eingestuft wird. Allerdings verlangt die türkische Regierung unter Führung von Erdogan insbesondere von der deutschen Regierung, dass die PYD und ihre Schwesterorganisationen wie terroristische Gruppen behandelt werden sollen. Denn alle, die mit kurdischen Befreiungsorganisationen sympathisieren, sind in den Augen der türkischen Regierung terrorverdächtig. Den Wortlaut der Erklärung findet Ihr auf der Website der ISO:

www.intersoz.org/iso-erklaert-sich-solidarisch-mit-kerem-schamberger-in-muenchen/ ■

Aus dem Rathaus Das Stadtarchiv kostet noch mehr Geld ...

ANDREA-CORA WALTHER

Und das kann man noch nicht einmal der Stadtochter OGM in die Schuhe schieben, hat doch die OGM damals genau das im Gebäude umgesetzt, was von der Verwaltung damals beauftragt worden ist.

Hat Politik also versagt, als im Rat am 30.09.2013 beschlossen wurde, das Stadtarchiv der Stadt Oberhausen in die Eschenstraße zu verlagern, hierfür ein neues Magazinegebäude an einen vorhandenen Baukörper anzubauen sowie den vorhandenen Baukörper zu renovieren, das Ganze für 995.000,00 €? Auch das eher nicht, schließlich kann doch Politik nur über Inhalte in Vorlagen entscheiden, die von der Verwaltung in Verwaltungsvorlagen auch Erwähnung finden.

Und da scheint es doch jetzt eher so zu sein, dass die Verwaltung den gewählten Volks-VertreterInnen Informationen zum Umbau vorenthalten hat. Statt alle Planungsdaten transparent und vollständig offenzulegen und mit maximal informierten PolitikerInnen gemeinsam um sachliche Entscheidungen zu ringen, streicht die Verwaltung „weniger wichtig erscheinende Bauarbeiten“ und erhält so das gewünschte Ergebnis einer zustimmungsfähigen Summe über die Politik dann dumm gehalten, abstimmen darf.

Als weniger wichtig wurden damals gestrichen: ein barrierefreier Zugang zum Archiv, ein Magazinaufzug, der die Arbeit der MitarbeiterInnen erleichtern würde, eine Klimaanlage, die das Archivmaterial sicher bewahrt. So wurden auch Messwerte über Feuchtigkeit als eher unbedeutendes Detail abgetan.

Die Zeche zahlen wir dann keine eineinhalb Jahre nach der Eröffnung durch teure Nachbesserungen.

Verantwortlich dafür ist eine Verwaltungsführung, die für die Immobilienplanung zuständig ist. Verantwortlich ist aber auch eine Verwaltungsführung, die die Standards für die Aufbewahrung von Kulturgütern leichtfertig ignoriert. Ein bedauerliches Beispiel gravierender Fehlleistungen und unredlichen Umgangs mit Politik und Bürgerschaft. Ein Verhalten, das zu Recht Misstrauen sät, gerade auch bei den BürgerInnen, die nicht zwischen unehrlichem Verwaltungshandeln oder Fehlern der Politik unterscheiden können. Ein Verhalten, das mit ein Grund dafür ist, dass enttäuschte BürgerInnen sich Populisten zuwenden. ■



Stadtarchiv Oberhausen.

Foto: AvantiO.

... mehr wert als die Profite von Monsanto

Vierzig Menschen demonstrierten am 22. November 2017 vor der CDU-Geschäftsstelle in Oberhausen für ein Verbot des Ackergifts Glyphosat

ACW/P. S.

Vierzig Menschen demonstrierten am 22. November 2017 vor der CDU-Geschäftsstelle in Oberhausen für ein Verbot des Ackergifts Glyphosat

Das Pestizid steht im Verdacht, Krebs auszulösen und durch die Vernichtung vieler Pflanzenarten zum Artensterben beizutragen. Mehr als 1,3 Millionen Menschen aus ganz Europa haben eine Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat unterschrieben.

Die CDU war Ziel des Protests, da Noch-Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) ungeachtet dessen eine Erneuerung der auslaufenden Genehmigung für das Pestizid befürwortet haben.

Die DemonstrantInnen forderten die lokalen CDU-VertreterInnen auf, sich in Berlin dafür einzusetzen, dass Deutschland in Brüssel für das Verbot der Verwendung von Glyphosat in der Europäischen Union (EU) stimmt:

„Sterben die Pflanzen, sterben die Insekten, finden Vögel nichts mehr zu fressen. Der Schutz unserer Gesundheit und unserer Umwelt ist mehr Wert als die Profite von Monsanto.“

Bekanntlich kam es anders:

In einem Alleingang stimmte Christian Schmidt wenige Tage später, am 27. November, für die Verlängerung der Genehmigung von Glyphosat. Er ermöglichte damit den Einsatz des Giftes in der EU für weitere fünf Jahre. Monsanto wird es ihm danken. ■



Protestaktion vor dem CDU-Büro, OB-Stadtmitte.

Foto: ACW.

Gelungene Veranstaltungsreihe

„Hundert Jahre Oktoberrevolution“ in Oberhausen

Die OrganisatorInnen machen auch 2018 gemeinsam weiter. Und spenden das Restgeld aus 2017 für die von Repression betroffenen G20-GegnerInnen.

C. P.

Dem Veranstaltungsbündnis ist es gelungen, von September bis November 2017 ein breit gefächertes Veranstaltungsangebot rund um das Thema „Oktober 1917“ auf die Beine zu stellen.

Die Veranstaltungsreihe wurde getragen, organisiert und finanziert von DIE LINKE Oberhausen, DKP Oberhausen/Mülheim, Historischer Verein Oberhausen-Ost, ISO Oberhausen und Paroli – Verein für politische Kultur e.V. sowie weiteren nicht genannten Einzelpersonen.

Alle BündnispartnerInnen sind sich einig, dass sie gemeinsam auch die im nächsten Jahr anstehenden Jubiläen wie den 200. Geburtstag von Karl Marx und die Novemberrevolution 1918 mit einem entsprechenden Angebot würdigen wollen.

Um sich solidarisch mit den nach den G20-Protesten von Strafverfahren und Haftstrafen Betroffenen zu zeigen, spendet das Bündnis das übrig gebliebene Geld, das zur Finanzierung der Reihe zusammengetragen wurde, für die Prozesskosten der G20-GegnerInnen. ■

Während der Veranstaltungsreihe wurden auch Plakate mit Brechtgedichten gezeigt, die von Paroli e.V. in Zusammenarbeit mit dem Historischen Verein Oberhausen Ost e.V. erstellt wurden. Einen Ausschnitt davon präsentieren wir hier zum Abschluss des Jubiläumsjahres.

Gedichte von Bert Brecht: Die „Große Sozialistische Oktoberrevolution 1917“ in Rußland

Der antibürgerliche Schriftsteller Bert Brecht (1898 - 1956) entwickelte sich in den 1920er Jahren zu einem marxistischen Stückerfinder und Dichter. Unter dem Eindruck der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland verfaßte er zahlreiche Stücke wie zum Beispiel „Die Mutter“ nach Maxim Gorki und die bekannten „Lehrstücke“. Weltberühmt wurde seine „Dreigroschenoper“ zu Beginn der 1930er Jahre mit tausenden Aufführungen in aller Welt und in vielen Sprachen.

Die Machtübertragung an die NSDAP 1933 zwang Bert Brecht wie zahlreiche andere sozialistische und humanistische Künstler zur Flucht aus dem faschistischen Deutschland.

Im Exil bis 1947 in vielen Ländern entstanden seine berühmten und bis heute viel gespielten Stücke, die er bis zu seinem Tod 1956 am „Theater am Schiffbauerdamm“ mit dem „Berliner Ensemble“ in der DDR und in ganz Europa als Regisseur auf die Bühne brachte. Daneben schrieb zahlreiche Gedichte, vor allem als antifaschistische Stellungnahme im Kampf gegen die Diktatur in Deutschland, die er als Ratschläge im Kampf gegen das Unrecht ansah.

Die Auswahl der Gedichte ließ sich leiten von einer inhaltlichen Nähe zur Oktoberrevolution.

Klaus Oberschewen März 2017



DAS LIED VOM KLASSENFEIND (Strophe 7)

Während wir mit Stimmzetteln liefen
Sperrten sie die Fabriken zu
Wenn wir vor Stempelstellen schliefen
Hatten sie vor uns Ruh.
Wir hörten Sprüche wie diese:
Immer ruhig! Wartet doch nur!
Nach einer größeren Krise
Kommt eine größere Konjunktur!
Und ich sagte meinen Kollegen:
So spricht der Klassenfeind!
Wenn der von guter Zeit spricht
Ist seine Zeit gemeint.
*Der Regen kann nicht nach aufwärts
Weil er's plötzlich gut mit uns meint
Was er kann, das ist: er kann aufhören
Nämlich dann, wenn die Sonne scheint.*

Solidarität mit der Awami Workers Party (Pakistan)

Die Awami Workers Party (1) ist heute die wichtigste Kraft der pakistanischen Linken, die unter sehr widrigen Bedingungen arbeitet. Die AWP ist 2012 aus einer Serie von Vereinigungsprozessen entstanden, bei denen die Genoss*innen der Labour Party Pakistan (LPP – permanente Beobachterorganisation bei der Vierten Internationale) eine führende Rolle gespielt haben. Der Einfluss der revolutionären Marxist*innen konnte inzwischen gefestigt und ausgebaut werden. Entscheidend hierzu war die konsequente Mobilisierungsarbeit

- in verschiedenen Sektoren der Arbeiter*innenklasse (u. a. Textil, Ziegelindustrie, Belegschaften von privatisierten Staatsunternehmen),
- im Kampf für Frauenrechte,
- beim Eintreten gegen chauvinistische Kriegstreiberei im Konflikt mit Indien,
- in den Bewegungen zur Verteidigung von Landrechten und
- in der Arbeit für demokratische und Minderheitenrechte.

Die Erfolge der Genoss*innen sind nicht ohne Gegenreaktion geblieben. Das oberflächlich von korrupten bürgerlichen Parteien getragene, aber weiterhin unter starkem Militäreinfluss stehende Regime setzt immer wieder auf brutale Repression, wenn Massenmobilisierungen beginnen, an sensible Interessen zu rühren. Immer häufiger wird dabei auf die Anti-Terrorismus-Gesetzgebung zurückgegriffen, in unfairen Prozessen kommt es zu drakonischen Urteilen. Zwei besonders drastische Beispiele sind hierfür:

- die Verurteilung des Genossen Baba Jan zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe für seine Rolle in der Mobilisierung von Überlebenden einer Umweltkatastrophe in der Minderheiten-Region Gilgit-Baltistan und
- die Verhaftung (zum Teil jahrelang ohne Prozess, wie im Falle des AWP-Kaders Ghulam Dastagir Mehboob, der kürzlich nach fünf Jahren Haft aufgrund gefälschter Mordvorwürfe unter dem Druck einer Kampagne freigelassen worden ist) und Misshandlung von Mitgliedern der Bauern- und

Bäuerinnenorganisation AMP in Okara (Provinz Punjab), die sich für die Rechte derjenigen einsetzen, die das Land von „Militärfarmen“ bestellen.

Die Kampagnen zur Verteidigung von Opfern der Repression erfordert auch finanzielle Mittel, etwa für Anwälte, Transport zu Demonstrationen und Propagandamaterial, welche die Möglichkeiten der AWP übersteigen.

Wir unterstützen die wichtige Arbeit unserer pakistanischen Genossinnen und Genossen und bitten um Spenden an die Nichtregierungsorganisation ESSF mit dem Stichwort „Pakistan“ (Siehe Kasten). ■

Europe solidaire sans frontières (ESSF), 2, rue Richard-Lenoir, 93100 Montreuil, Frankreich, <http://www.europe-solidaire.org/>

Fußnoten

(1) Siehe deren englischsprachige Website www.awamiworkersparty.org

(2) Siehe Berichte in „die internationale“, zuletzt Nr. 5/2017; die PDF-Datei der gesamten Ausgabe könnt ihr herunterladen unter www.inprekorr.de.

Es gibt zudem zahlreiche Berichte und Aufrufe (englisch bzw. französisch) auf „International Viewpoint“ und der Homepage von „Europe solidaire sans frontières“ (ESSF), außerdem Infos (englisch) unter [https://en.wikipedia.org/wiki/Baba_Jan_\(politician\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Baba_Jan_(politician)).

Spendenkonto:

Kontoinhaber: ESSF

IBAN: FR85 3000 2005 2500 0044 5757 C12

BIC / SWIFT: CRLYFRPP

Crédit Lyonnais, Agence de la Croix-de-Chavaux (00525),
10 boulevard Chanzy, 93100 Montreuil, France

Kontonummer 445757C

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

Redaktion:

ISO Oberhausen & FreundInnen

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen

Postfach 10 01 25

D-46001 Oberhausen

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46

Email: info@iso-4-oberhausen.de

Web: www.iso-4-oberhausen.de

Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- Sonntag, 14.01.18, 10:00 Uhr, Liebknecht-Luxemburg-Demo, U-Bhf. Frankfurter Tor, Berlin
- Dienstag, 16.01.18, 19:00 Uhr, Treffen des Frauen-Plenum Oberhausen, Marktstr. 133, Oberhausen
- Mittwoch, 17.01.18, 19:00 Uhr, Demo-Vorbereitungstreffen Internationaler Frauentag 2018, Marktstr. 133, Oberhausen